Nr. 314. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 5,40 Mk., monatl. 1,80 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Postschalter abzuholen 1,80 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4,— Mk., für das übrige Ausland 5,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 2,— Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 70 Pfg die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 14. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Das Programm der preußischen Landesregierung.

Die Regierung der Republik Preußen veröffentlicht folgendes Programm:

An das preußische Volk!

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum **freien Staat** geworden.

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig **demokratischen Bestandteil** der **einheitlichen Volksrepublik** zu verwandeln.

Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine

verfassunggebende Versammlung

entscheiden; ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des **gleichen** Wahlrechts für **alle** Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlsystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine **vorläufige** Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre Aufgabe darin, im **engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung** für die **Ordnung** und Sicherheit im Lande und für die **Volksernährung** zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller **Beamten** des Staats und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten **Koalitionsfreiheit** für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der **Besoldungs- und Lohnverhältnisse** der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und **Altpensionäre**, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der **Volksschule**. Schaffung der **Einheitsschule**. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, **Trennung von Staat und Kirche**.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der **Gutsbezirke**. Völlig **gleiches Wahlrecht** beider Geschlechter für alle **Gemeindevertretungen** in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der **Kreis- und Provinzialvertretungskörper**.

Raschester Ausbau und Entwicklung aller **Verkehrsmittel**, insbesondere der **Eisenbahnen** und **Kanäle**.

Hebung und Modernisierung von **Industrie** und **Landwirtschaft**. **Vergesellschaftung** der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der **Rechtspflege** und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten **Steuerwesens** nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und materiellen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des **gesamten** Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir

das Gespenst des Hungers

bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen, **Freiheit, Frieden und Brot**, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrechterhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, den 13. November 1918.

Die preußische Regierung.
Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Der „Vorwärts" zweimal täglich!

Von heute ab erscheint täglich eine zweite Ausgabe unseres Blattes, die den Kopf tragen wird:

Abend-Vorwärts.

Der „Abend-Vorwärts" ist bis zum 1. Dezember nur im Straßenhandel erhältlich. Ab 1. Dezember wird das Blatt unseren Beziehern zweimal täglich ins Haus geliefert.

Straßenhändler wollen sich heute ½3 Uhr nachmittags in unserer Expedition einfinden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts".

Das preußische Kronfideikommißvermögen beschlagnahmt.

Die preußische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit **Beschlag belegt**. Die Verwaltung wird dem preußischen Finanzministerium übertragen! Das nicht zum Kronfideikommißvermögen gehörige, im **Sondereigentum** des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch **nicht berührt**.

Neue Männer.

Zum Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei wurde der Schriftsteller Genosse **Kurt Baake** genannt. — Staatssekretär im Reichsschatzamt wird der bisherige nationalliberale Abgeordnete Unterstaatssekretär **Schiffer**. Der unabhängige Abgeordnete **Eduard Bernstein** tritt in das Reichsschatzamt ein. Nach einer Meldung des „B. T." ist dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. **Waldstein** die Leitung des Reichsjustizamts, dem ehemaligen Unterstaatssekretär Dr. **Dernburg** die des Reichsschatzamtes angetragen worden. Die Betreffenden haben sich jedoch noch nicht entschieden.

Zu Beiräten für das preußische Unterrichtsministerium wurden ernannt: Dozent Dr. M. H. **Baege**, Oberlehrer Dr. **Blankenburg**, Volksschullehrer **Fritz Kunert**, Schuldirektor Dr. **Wyneken**.

Keine unbefugten Eingriffe!

Die Reichsregierung erläßt eine Verfügung, die unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel strengstens untersagt. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide usw. müssen unbedingt unterbleiben bzw. sofort rückgängig gemacht werden. Ebenso darf in den Betrieb der **Eisenbahnen** und des **Verkehrswesens** nicht eingegriffen werden. Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle hat die Reichsregierung schließlich entschieden, daß Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungskassen und Kreiskassen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, **bisherige Gebühren selbständig zu erhöhen**.

Keine besondere rote Garde!

Berlin, 13. November. In Erwägung, daß die Bildung einer besonderen roten Garde in Zivilkleidung außerhalb der bestehenden Truppenkörper bei den Soldaten der Berliner Garnison ein Mißtrauen in die revolutionäre Zuverlässigkeit der Truppen ausgedrückt sei, während andererseits die **Truppen in einstimmigem Beschluß ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereiterklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verteidigung der Revolutionserrungenschaften und zur Befestigung der Sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen**, beschloß der Vollzugsrat,

die Bildung einer roten Garde ist vorläufig einzustellen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Richard Müller. Molkenbuhr.

Die ersten Gesetze der Deutschen Republik.

Durch die Bestimmungen, die von der Reichsregierung mit **Gesetzeskraft** erlassen worden sind, ist neues Recht geschaffen. Durch sie ist der Grundstein der neuen freiheitlichen Verfassung gelegt.

Die Reichsregierung hat sich zunächst als diejenige Zentralbehörde konstituiert, die Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann. Da Deutschösterreich seinen Anschluß an das Reich erklärt hat, gelten die Bestimmungen sinngemäß auch für diese neue Bundesrepublik.

Die Reichsregierung bringt in ihrem Aufruf zum Ausdruck, daß sie die ungeheure Macht, die in ihre Hände gelegt ist und die die Befugnisse des früheren Reichstags und des früheren Bundesrats umfaßt, nur als eine vorläufige betrachtet. Sie kündigt eine **konstituierende Versammlung** des ganzen deutschen Volkes an, die nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre gewählt werden wird. Auch alle anderen Wahlen sollen sich nach diesem Wahlrecht vollziehen.

Damit ist ausgesprochen, daß die Deutsche Republik gesetzmäßig nicht auf die russische Sowjetverfassung, sondern auf die Demokratie im Sinne unseres sozialdemokratischen Erfurter Programms zusteuert. Eine Aenderung dieses Kurses könnte nur **gegen** das Gesetz durch Gewaltanwendung bewirkt werden.

Die Wahlen zu den russischen Sowjets sind **nicht** allgemein. Die Wahl des Zentralsowjet erfolgt durch die lokalen Sowjets, also nicht direkt, sondern indirekt. Die Gleichheit des Wahlrechts wird nicht annähernd in dem Maße erreicht, wie das bei Kreiswahlen mit Verhältnissystem erreicht wird. Schließlich entbehrt das Wahlverfahren aller Garantien des Geheimnisses und damit der Freiheit, wie sie schon im alten deutschen Reichswahlgesetz von der Sozialdemokratie durchgesetzt waren.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist also mit der Sowjetverfassung unvereinbar.

Die Theorie, auf die sich die Sowjetverfassung gründet, ist das Geschwisterkind der alldeutschen Gewalttheorie. Ihre Grundsätze wendet sie auf die **innere** Politik an. Macht ist Recht! Wir sind die Sieger, wir befehlen! Im Gegensatz dazu erklärt die Reichsregierung ganz im Sinne des Erfurter Programms: Wohl haben wir die Gewalt, aber wir benützen sie nur dazu, gerechtes Recht zu schaffen. Wir haben gesiegt, aber wir haben nicht für uns, sondern für das ganze Volk gesiegt! Für uns heißt es darum nicht: „Die ganze Macht den Sowjets", sondern „Die ganze Macht dem ganzen Volke".

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter- und Soldatenräte überall im Reich mit der Reichsleitung eines Sinnes sind. Sie sehen ihre weltgeschichtliche Mission darin, das ganze Volk aus einem Zustande der Unfreiheit in den der Freiheit, des wahren Selbstbestimmungsrechts, hinüberzuführen. Darin wird sich ihre Aufgabe erschöpfen — es gibt keine schönere —, das wird ihr unvergänglicher Ruhm sein.

Seit vier Jahren ist es der Wunsch der **Soldaten**, nicht mehr Soldaten zu sein, sondern zu ihrem bürgerlichen Beruf ins Volk zurückzukehren. Dieser Wunsch wird sich jetzt sehr rasch erfüllen. Mit dem Militarismus und dem Krieg wird auch das Militär verschwinden, wenn auch, mangels anderer Bekleidung, der feldgraue Rock noch lange seine Rolle im Straßenbild spielen wird. Die Soldaten wollen nicht als solche, sondern als **Volksgenossen** am öffentlichen Leben Anteil nehmen. Als Genossen werden sie sich mit gleichen Rechten wie alle anderen an der Wahl der Volksvertretung für die Gemeinden, den Staat und das Reich beteiligen.

Die **Arbeiter** aber haben stets erklärt, daß sie genau dasselbe fordern, was durch das Gesetz der Reichsleitung verwirklicht ist. Ihre Vertreter sind in viel Tausend Reden, in viel Tausend Aufrufen und Zeitungsartikeln dafür eingetreten, und sie selbst haben in den Wahlrechtskämpfen vergangener Jahre ihr Blut dafür vergossen. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sitzt in den Köpfen der deutschen Proletarier fest, und sie werden es am Tage nach ihrem Sieg nicht zum alten Eisen werfen wollen.

Also für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, für die konstituierende Versammlung des ganzen Volkes, für die neue Reichsleitung, stets zu ihrer Unterstützung, zu ihrem Schutze gegen jeden Gewaltstreich, das muß jetzt unsere Parole sein.

Freiheit der Meinungsäußerung, des Vereins- und Versammlungswesens, der Religionsübung, der Koalition bildet den weiteren Inhalt der neuen Gesetze. Auch er steht in wohltuendem Gegensatz zu dem, was jetzt leider in Rußland als Recht gilt, nicht zum Ruhm der dort herrschenden

Bolschewiki. Wir suchen unsere Ehre darin, auch dem Gegner innerhalb wie außerhalb der sozialistischen Bewegung volle Freiheit zu lassen, während sich in Rußland nicht nur bürgerliche, sondern auch sozialistische Politiker menschewistischer Richtung massenhaft in Schutzhaft befinden. Das ist bei uns nicht möglich, denn der Belagerungszustand ist abgeschafft.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist abgeschafft, nur die Schlichtungseinrichtungen bleiben bestehen. Sehr begreiflicherweise, denn das Hilfsdienstgesetz suchte einem Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, während wir für die nächste Zeit eher mit einem Ueberangebot zu rechnen haben. Die Arbeiterschutzbestimmungen treten wieder in Kraft. Das Ausnahmeunrecht für die Landarbeiter wird abgeschafft, dadurch wird Tausenden, die aus dem Felde heimkehren, Gelegenheit gegeben, eine Arbeit anzunehmen, vor der sie sonst zurückgeschreckt wären, sie werden auf dem Lande ebenso freie Arbeiter sein wie in der Stadt.

Da ein Termin für das Inkrafttreten der neuen Gesetze nicht angegeben ist, gilt als solcher der Tag der Verkündigung.

An die eigentlichen Gesetze schließt sich dann die Ankündigung weiterer gesetzlicher Bestimmungen sozialpolitischen Inhalts an. Sie haben vorläufig, als bloße Ankündigungen keinerlei Rechtskraft. Es steht auch noch nicht fest, ob die Regierung diese neuen Gesetze aus eigenem verkünden oder als Vorlagen bei der noch zu wählenden allgemeinen Vertretung des Volkes einbringen wird.

Die Regierung der Republik Preußen stellt sich in ihrem soeben erlassenen Aufruf grundsätzlich auf genau denselben Standpunkt, wie die Reichsregierung. Sie handelt schon als ihr vollziehendes Organ, indem sie eine verfassunggebende Versammlung für Preußen und die Erneuerung aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften in demokratischem Sinne ankündigt. Im übrigen ist ihr Anfang nicht Gesetz, sondern Programm, ein Programm, das die Größe der zu lösenden Aufgabe zeigt.

Die Regierungen im Reich und in Preußen haben ihre Tätigkeit konsequent im Sinne des sozialdemokratischen Programms begonnen. Alle, die auf demselben Boden stehen, müssen sie darin unterstützen und dafür eintreten, daß sie durch keine Gewalt von dem betretenen richtigen Wege abgedrängt werden.

Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Erfüllung der Bedingungen unmöglich?

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes nachfolgende Erklärung abgegeben: Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung ein Entgegenkommen gezeigt worden ist. (Es folgt Bezugnahme auf einen am 9. und 10. November stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und Marschall Foch.) Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungsfristen sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß.

Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, mußten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Qualen der am Kampfe Unbeteiligten, der Frauen und Kinder, beendet hätten. Das deutsche Volk, das 50 Monate standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht. Erzberger, Graf Oberndorff, v. Winterfeldt, Vanselow.

Besprechungen in Spaa.

Durch Wolffs Bureau wird mitgeteilt: Vertreter der Entente sind in Spaa eingetroffen, um dort mit unseren Delegierten die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen. Der Staatssekretär a. D. von Hintze ist, wie wir gegenüber irrtümlichen Annahmen feststellen, an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.

Verhandlungen der Flotten.

Wilhelmshaven, 13. November. Heute nacht hat durch Funkspruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseestreitkräfte Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Der kleine Kreuzer Königsberg ist um 1 Uhr mittags mit den Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admiralität in See gegangen. Den Vertretern ist eine Vollmacht mitgegeben, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordseestation und der Flotte erteilt hiermit dem Obermatrosen Wilh. Wengora, dem Obersteuermann Alfred Jans und dem Torpedoobermaschinistenmaat Rohrmann die Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseestation, dem sich die Flotte unterstellt hat, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Verträge abzuschließen.

Unterzeichnet ist die Vollmacht von dem Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland Bernhard Kuhnt und dem Chef der Hochseestreitkräfte v. Hipper. v. Hipper nimmt nur als fachmännischer Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der Arbeiter- und Soldatenrat ist.

Brantings Protestarbeit.

Genosse Branting-Stockholm telegraphierte an den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie:

Ich habe sofort gegen die fortgesetzte Hungerblockade protestiert. Heute habe ich im „Socialdemokraten" noch mehr die Notwendigkeit von Linderungen der ökonomischen Waffenstillstandsbedingungen hervorgehoben. Ich werde sofort mein Möglichstes tun, die Proteste der neutralen Organisationen zu den entscheidenden Stellen weiterzubringen und selbstverständlich auch mit den englischen und französischen Genossen Verbindung suchen. Beste Parteigrüße Branting.

Laut Stockholmer „Socialdemokraten" hat Branting das Telegramm der deutschen Sozialdemokraten an ihn an Henderson, Tachin und Vanderbelde unter Hinzufügung einer zustimmenden Erklärung weitergegeben.

Die Schweizerische Regierung hat, wie die „P. P. N." melden, sich bereit erklärt, Deutschland, soweit es in ihren Kräften steht, mit Lebensmitteln zu unterstützen, unter der Voraussetzung, daß die jetzige Regierung nicht durch eine anarchistische abgelöst wird.

Ein Helgoland-Zusatz.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen:

Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Fristen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

Die Räumungsarbeit.

Haag, 13. Novmber. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Aus belgischer Quelle verlautet, daß die Alliierten in ihrer jetzigen Stellung noch drei Tage bleiben werden. Vom 3. Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

Hier wurde folgendes drahtlose Telegramm des alliierten Oberkommandos an das deutsche Oberkommando aufgefangen: Es können jetzt keine Veränderungen in den Bedingungen vorgenommen werden, die in dem Ergänzungstexte bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes festgelegt worden sind. Außerdem wurde der bereits bewilligten Verzögerung von 14 Tagen für die Räumung von Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen eine Ergänzungsfrist von 24 Stunden hinzugefügt, um das deutsche Hauptquartier in die Lage zu versetzen, die definitive Fassung richtig zu empfangen.

Haag, 13. November. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Das deutsche Oberkommando hat am frühen Nachmittag des 13. Novembers einen Funkspruch folgenden Inhalts an das alliierte Oberkommando gerichtet: Die französische Bevölkerung Elsaß-Lothringens nimmt in gewissen Punkten eine feindliche Haltung den deutschen Truppen gegenüber ein. Um Kollisionen zu vermeiden, ersuchen wir die französische Regierung, die Elsaß-Lothringer radiotelegraphisch zur Ruhe zu mahnen.

Bolschewistischer Putschversuch in Wien.

Verkündung der Republik.

Wien, 13. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts"). Die Sitzung der Nationalversammlung in Wien erhielt eine wichtige Umrahmung durch den Aufmarsch der Wiener Arbeitermassen, der dem der Wahlrechtsdemonstration im Jahre 1905 nicht nachstand. Die Arbeit ruhte vollständig. Die Umwälzung in Deutschland hat die republikanische Stimmung in Deutschösterreich allgemein gefestigt. Selbst die Christlichsozialen ließen ihren Plan, die Frage der Staatsform der Konstituante vorzulegen, fallen. Demzufolge wurde die deutschösterreichische Republik und der Anschluß an Deutschland einstimmig beschlossen. Die dichtbesetzten Tribünen bereiteten der Nationalversammlung eine stürmische Kundgebung. Bei den außenstehenden Massen löste die Verkündigung der Abstimmung unbeschreiblichen Jubel aus. In die Feststimmung fiel ein kleiner Mißton durch einen Putschversuch des Häufleins „Kommunisten" mit Hilfe eines kleinen Teiles der Roten Garde. Sie suchten mit Kolbenstößen das Tor zum Parlament zu sprengen und einzudringen. Die Rote Garde lehnt jede Gemeinschaft mit diesem lächerlichen Reklameheldentum ab. Die Putschisten bilden eine nur bedeutungslose Gruppe.

Die tschechoslowakische Regierung hat der Wiener Nationalversammlung ihr Beileid zum Tode Viktor Adlers ausgesprochen.

Es gährt in England.

Die Konferenz vom 14. November.

Bern, 13. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Der englische Eisenbahnarbeiterverband beschloß in einer Sondersitzung, seine Delegierten zur Konferenz der Arbeiterpartei am 14. November dahin zu instruieren, daß sie für Zurückziehung der Arbeitervertreter aus der Regierung stimmen sollen.

Barnes, Arbeitervertreter im Kriegskabinett, erklärt bezüglich seines Austritts aus der Arbeiterpartei: In der Konferenz der Arbeiterpartei am 14. November werden die Radikalen das Aeußerste aufbieten, um die Abberufung der Arbeitervertreter aus der Regierung durchzusehen. Sie haben bereits die Exekutive der Arbeiterpartei in ihre Gewalt gebracht, ebenso die lokalen Organisationen der Arbeiterpartei, und jetzt könne ihnen das auch mit der Konferenz gelingen. Falls es so kommt, würde sich die Arbeiterpartei der Teilnahme an der praktischen Arbeit des Wiederaufbaus berauben und lediglich die rein staatsfeindlichen Elemente verstärken. Lloyd George erklärte einer Arbeiterabordnung, die Voraussetzung einer Vertretung der Arbeiterschaft auf der Friedenskonferenz sei, daß die Arbeitervertreter nicht aus der Regierung abberufen werden.

Angesichts der ausschlaggebenden Stellung der mit den Eisenbahnern zusammengehenden Bergleute besteht über den Ausgang der Konferenz am 14. November kein Zweifel. Die treibenden Kräfte in der radikalen Richtung der Arbeiterpartei sind: Ramsay Macdonald, Sidney Webb und Henderson. Im Zusammenhang mit verschiedenen Streiks der letzten Zeit weist die „Morning Post" darauf hin, daß der „Bolschewiki"-Geist unter den englischen Arbeitern zunimmt. Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat schon verschiedentlich den Gedanken an eine Revolution hervorgerufen. Die Schiffswerften in der Clyde und die Bergwerke in Südwales sind Brutnester des Bolschewismus. Die Unruhen in der Clyde haben einen äußerst aufreizenden Charakter. Das Blatt glaubt, daß die Gefahr des Bolschewismus sehr groß ist.

Für die „Morning Post" ist internationaler Sozialismus gleichbedeutend mit Bolschewismus.

Pilsudski — Diktator.

In einem Aufruf teilt Pilsudski mit, der Regentschaftsrat habe ihn mit der Bildung der nationalen Regierung beauftragt. Der Regentschaftsrat sei bereit, die Gewalt in seine Hände zu legen. Er habe sich mit der derzeitigen Regierung der Volksrepublik in Lublin verständigt und werde mit den Parteivertretern über ihren Standpunkt Konferenzen führen.

Pilsudski weist in einem Aufruf an die Bürger darauf hin, daß die deutschen Soldaten jetzt Polen verlassen. Obwohl die Erbitterung der breiten Volksschichten gegen die Okkupationsbehörden leicht begreiflich sei, müsse doch dieser Rückzug in vollständiger Ordnung durchgeführt werden.

Der deutsche Soldatenrat in Warschau hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß die deutschen Soldaten in Eintracht mit den Polen leben wollen und Polen verlassen werden, sobald es die technischen Zustände ermöglichen. Bis zu diesem Augenblick würden sie sich so verhalten, als ob sie sich auf neutralem Boden befänden. Schließlich versprachen sie, mit ihren Waffen keiner polnischen Partei Dienste zu leisten.

Englische Anklage gegen Wilhelm II.

Auslieferungsbegehren.

Bern, 13. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die englische staatliche Kommission zur Vorbereitung der Anklage gegen Angehörige des deutschen Heeres wegen Verletzung des Völkerrechts und der Kriegsbräuche zählt 22 Mitglieder, darunter Vertreter des Kriegsministeriums, der Admiralität, des Auswärtigen Amtes, Völkerrechtslehrer, Juristen, und arbeitet mit gleichartigen Kommissionen der anderen Ententemächte zusammen. Die Anklage erstreckt sich auch auf Wilhelm II. und den deutschen Generalstab.

Verschiedene englische Blätter fordern die Auslieferung des in Holland internierten Exkaisers an England.

Der Exkronprinz wurde nach dem „Allg. Handelsblad" in einem Palast der holländischen Provinzialregierung interniert.

Kundgebung der Nationalliberalen. Die nationalliberale Reichsfraktion hat eine Erklärung erlassen, in der sie sich mit den gegebenen Tatsachen so gut wie möglich abzufinden sucht. Sie fordert die Einberufung einer Konstituante, und bis diese erfolgt, die Mitwirkung des Reichstages an der Regierung.

Das letztere ist nicht möglich, denn durch eine Revolution werden die bisherigen verfassungsmäßigen Einrichtungen beseitigt. Es ist aber anzuerkennen, daß eine Lücke besteht, welche durch die Einberufung der Nationalversammlung möglichst bald geschlossen werden möge.

Die preußischen Beamten. Ein Erlaß der neuen preußischen Regierung fordert die Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, wohingegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewährt bleiben sollen.

Verhaftungen von Offizieren in Leipzig. In Leipzig sind angesichts des widersetzlichen Geistes im Offizierskorps eine Reihe höherer Offiziere auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates verhaftet worden.

Die bayerischen Schlösser dem Volke. Die neue bayerische Regierung beabsichtigt, sämtliche staatlichen Schlösser dem Volksbildungs- und Volksgesundheitswesen nutzbar zu machen.

Die bolschewistische Gesandtschaft Rußlands in Bern ist vom Bundesrat ausgewiesen und unter militärischer Eskorte heute über die Grenze gebracht worden.

Noch keine Abrüstung der amerikanischen Kriegsflotte. Washington, 12. November. Marinesekretär Daniels teilt mit, daß keine sofortigen Schritte zur Demobilisierung irgend eines Teils der amerikanischen Seestreitkräfte getan sind.

Industrie und Handel.

Wiedereröffnung der Börse.

Die Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs findet, wie amtlich gemeldet wird, am Freitag, den 15. November 1918, statt.

Die Börsenbesucher haben sich rasch in die neue Ordnung der Dinge gefunden. Sie haben sich aber aufs energischste gegen die zeitweilige Schließung der Börse ausgesprochen, die das Banken- und Bankiergewerbe, besonders die auf das Kommissionsgeschäft eingestellten Bankiers, schwer geschädigt hat. Auf der anderen Seite war es bis zu einer gewissen Konsolidierung der politischen Verhältnisse sicher nötig, an der Schließung festzuhalten.

Es dürfte vorläufig kein katastrophaler Kurssturz erfolgen. Einmal besteht Deckungsbedürfnis der Baissiers und dann will das Kapitalistenpublikum, das vielfach zu wesentlich höheren Preisen gekauft hat, seinen Besitz in der Hoffnung auf bessere Zeiten gerade jetzt nicht losschlagen, da aber die besseren Zeiten werden wahrscheinlich auf sich warten lassen, so ist wohl eine weitere allmähliche Senkung des Kursniveaus zu erwarten.

Waarensperre.

Bekanntmachung! Die den deutschen Besitzern von im Ausland lagernder Ware zugegangenen Verfügungs- und Veräußerungsverbote bleiben bestehen.

Die Reichsregierung.
gez. Ebert. Haase.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Teilanzeigen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte.

Letzte Nachrichten.

Die Soldaten für die Nationalversammlung.

Versammlung in Berlin.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hatte gestern eine Soldatenversammlung einberufen, der Vertreter sämtlicher Truppenteile Groß-Berlins beiwohnten. Die Tagesordnung lautete: „Die Funktionen der Soldatenräte". Im Mittelpunkt der Besprechungen stand jedoch der gestern veröffentlichte Erlaß des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates an die Arbeiter und Parteigenossen Groß-Berlins, in welchem zweitausend sozialistisch geschulte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter mit militärischer Ausbildung aufgefordert werden, sich zum Schutze der Revolution zur Verfügung zu stellen. Als das Mitglied des Vollzugsausschusses der Zivilisten Oskar Rusch über die Zusammensetzung des A.- und S.-Rates sprach, ertönten laute Zurufe: „Warum werden zweitausend Rotgardisten in Berlin gebraucht?" Redner erklärte: Zum Niederschlagen der Gegenrevolution brauchen wir Männer, die unser Vertrauen im höchsten Maße besitzen. Diese Erklärung rief stürmischen Widerspruch hervor und die folgenden Redner verlangten unter lebhaftem Beifall die sofortige Zurücknahme des Aufrufs. Einstimmig wurde schließlich folgender Antrag angenommen:

Die durch ihre gewählten Soldatenräte vertretene Garnison Groß-Berlins wird die Bewaffnung der Arbeiter solange mit Mißtrauen betrachten, als die Regierung, zu deren Schutz sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur

Einberufung der Nationalversammlung

als der alleinigen Grundlage der zu gebenden Verfassung erklärt.

Weiter wurde beschlossen, daß die Bildung der besonderen Rotgardisten vom Arbeiter- und Soldatenrat sofort öffentlich zurückgenommen werde, und daß die Waffen dieser zweitausend Mann an einem bestimmten Punkte niedergelegt werden müßten. Mehrere Soldaten wurden zum Vollzugsrat abgesandt, um ihm diesen Beschluß mitzuteilen.

Der Rückzug aus Belgien.

Haag, 13. November. 25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichten die holländische Grenze bei Assehke und wollten den Durchmarsch mit Waffengewalt erzwingen. Durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft wurde ein Eigreifen der holländischen Truppen vermieden und es wurde erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen gestattet wurde.

Gewerkschaftsbewegung

An die deutschen Angestellten!

Die Zentrale der Angestelltenräte richtet an die deutschen Angestellten folgenden Aufruf: Ein entscheidender Sieg des arbeitenden Volkes ist errungen! Bei der Neugestaltung der Dinge dürfen die Angestellten nicht fehlen. Wir müssen uns rückhaltlos auf die Seite der Volksregierung stellen, um gemeinsam mit ihr die Errungenschaften der Revolution auch im Interesse der Angestellten zu sichern und auszubauen. In diesem gewaltigen Ringen zwischen Kapital und Arbeit bilden Kopf- und Handarbeiter eine Front. Ueberall müssen unverzüglich Angestellte in die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte entsandt werden.

Zur Organisierung und Leitung dieser Bewegung hat sich aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Angestellten die

Zentrale der Angestelltenräte

gebildet, der auch je ein Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien angehört.

Wir fordern die Angestellten auf, die Wahl der Vertreter zum örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat in allen Betrieben sofort vorzunehmen. Ebenso sind Betriebs-Angestelltenräte zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen innerhalb der Betriebe zu bilden.

Angestellte, lernt den Geist der neuen Zeit verstehen!

Die Ketten fielen — Die Bahn ist frei — Auf zu neuer Tat.

Zentrale der Angestelltenräte.
Berlin Reichstag, Zimmer 14.
Albrecht. Aufhäuser. Bräunig. Dosmar. Geiler. Krüger. Marz. Dr. Pärrmann. Rickelt. Schindler. Fritz Schmidt. Urban.
Als Vertreter der beiden Parteien: Bernstein. Giebel.

Die Umwälzung und die Gewerkschaften.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat an die Ortsverwaltungen des Verbandes im Reiche eine Mitteilung ergehen lassen, worin aufgefordert wird, in dieser Zeit der großen politischen Umwälzungen auch die Tätigkeit der Gewerkschaften in vollem Umfange fortzusetzen und für eine geordnete Einkassierung der Beiträge zu sorgen. Auf die Arbeitgeber müsse eingewirkt werden, keine Arbeiterentlassungen vorzunehmen und wenigstens vorläufig die Löhne weiter zu zahlen, auch wenn es vorübergehend an voller Beschäftigung fehlen sollte. Jedem Versuch, die Löhne zu kürzen, sei durch energische Verhandlungen entgegenzutreten. Streiks seien in dieser Zeit nach Möglichkeit zu vermeiden. Da die Arbeitgeber in der jetzigen Lage den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft weitmöglichst entgegenkommen dürften, würden alle auftretenden Streitpunkte auch wohl durch Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung erledigt werden können.

Nach einem Hinweis, daß im übrigen etwaige arbeitslose Mitglieder nach den statutarischen Bestimmungen unterstützt werden, heißt es in den Mitteilungen des Verbandsvorstandes zum Schluß: „Wir fordern alle Ortsverwaltungen auf, gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften dafür einzutreten, daß bei der Neubildung des politischen und wirtschaftlichen Lebens auch Vertreter der Gewerkschaften sich zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung stellen. Die Kenntnisse und Erfahrungen unserer gewerkschaftlichen Funktionäre werden den Arbeiter- und Soldatenräten gewiß überall willkommen sein."

Der Achtstundentag.

Die beiden führenden Fabriken des Industriebezirks Mannheim Benz und H. Lanz haben, laut Meldung der „Frankf. Zeitung", den Achtstundentag eingeführt.

Der Münchener Magistrat hat grundsätzlich beschlossen, daß in den städtischen Betrieben der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde.

Achtung, Stukkateure! Nach dem Schiedsspruch des Kriegsausschusses erhöht sich vom 15. November an der Mindestlohn für alle Kategorien in unserem Gewerbe um 15 Pf. für die Stunde. Dabei wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß alle Stukkateure die Erhöhung zu beanspruchen haben, also auch solche, die schon einen höheren Lohn bekommen. Sollten einzelne Unternehmer versuchen, die Erhöhung zu umgehen, so muß dies dem Unterzeichneten sofort gemeldet werden.

Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Stukkateure
J. A.: Karl Hoffmann, Berlin W 57, Katzlerstr. 6.

Groß-Berlin

An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins.

Sämtliche Ausweise, die von Behörden und Soldatenräten ausgestellt sind, erkläre ich auf Grund der mir vom Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erteilten Vollmacht für ungültig. Gültigkeit haben nur noch Ausweise, die von der Kommandantur Berlin ausgestellt sind. Diese Ausweise müssen den Kommandanturstempel haben und mit meiner Unterschrift versehen sein.

Behörden und öffentliche Gebäude müssen ihrerseits Ausweise ausstellen, die von der Kommandantur zu stempeln sind.

Den Plünderungen wird jetzt mit allem Nachdruck entgegengetreten werden, und ist in jedem Falle die Kommandantur, Abteilung I, von erfolgten und beabsichtigten Plünderungen zu benachrichtigen, die sofort Abhilfe schaffen wird. Stärkere Militärwachen werden baldigst in den einzelnen Stadtbezirken eingerichtet und die Wachtlokale der Bevölkerung bekanntgegeben.

Alle Soldaten der Garnison Berlin haben sich bei ihrem Ersatz-Truppenteile in Listen eintragen zu lassen, um den vielen Anforderungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nachkommen zu können.

Die Einwohner Groß-Berlins bitte ich, augenblicklich gegen Plünderer gemeinsam vorzugehen und zu handeln.

Der erste Kommandant der Stadt Berlin.
Otto Wels, M. d. R.

Die Kohlenversorgung.

Ueber die Kohlenversorgung wurden am Mittwoch in einer Konferenz beim Reichskohlenkommissar beachtenswerte Mitteilungen gemacht. Der Kommissar gab folgendes bekannt:

Die Meinung, daß mit dem Friedensschluß infolge Abbaues der Rüstungsindustrie sogleich reichlich Kohlen zur Verfügung stehen und eine behördliche Regelung der Kohlenverteilung entbehrlich sein werde, ist irrig. In nächster Zeit werden durch die Demobilmachungstransporte und durch die im Waffenstillstandsvertrage ausbedungene Abgabe von Eisenbahnmaterial die Kohlenbeförderung und Kohlenversorgung auf das äußerste erschwert. Nur bei größter Sparsamkeit im Verbrauch von Kohlen, Gas und Elektrizität und genauer Innehaltung der Bezugs- und Verbrauchs-Vorschriften kann eine geordnete Kohlenwirtschaft gewährleistet werden. Die neue Regierung hat daher den Reichskohlenkommissar und seine Organisation bestätigt. Die Organe des Reichskohlenkommissars sind, wie bisher, die für die einzelnen Kohlenerzeugungsgebiete eingerichteten amtlichen Verteilungsstellen, ferner für die Industrieversorgung die Kohlenabteilungen bei den Kriegsamtstellen, für die Unterverteilung des Hausbrandes die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und im übrigen die Kommunalverbände. Anderen Stellen ist ein Eingreifen in die Kohlenverteilung untersagt.

Bei der Belieferung sollen in der nächsten Zeit außer Eisenbahnen, Gaswerken, Elektrizitätswerken und der mit Hausbrand zu versorgenden Bevölkerung diejenigen Industrien bevorzugt werden, die viel Arbeiter beschäftigen und dabei einen geringen Kohlenverbrauch haben.

Für Groß-Berlin ist im Sommer das Soll nicht erreicht worden, doch wird die Belieferung als nicht ungünstig bezeichnet. Bei den Gaswerken Groß-Berlins sind die Bestände in letzter Zeit weiter zurückgegangen. Die Situation gilt nicht als besorgniserregend, aber als ernst. An den Bestimmungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin über den Gasverbrauch wird vorläufig nichts geändert. Kohlen können nur auf Kundenlisten und nur innerhalb der freigegebenen Kohlenabschnitte geliefert werden. Vom Dezember ab werden weitere Abschnitte freigegeben.

Arbeitsamt des A.- und S.-Rates.

Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Es ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das die Aufgabe hat, die geistigen Kräfte des wissenschaftlichen und praktischen Lebens, soweit sie sich auf den Boden der deutschen Republik stellen, zusammenzufassen. Es ist damit eine Organisation geschaffen, die es dem A.- und S.-Rat ermöglicht, diese Kräfte für den Neuaufbau des Staatsgebildes zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt nimmt die vom Studentenrat und vom Rat geistiger Arbeiter eingeleiteten Bestrebungen zur Sammlung intellektueller Kräfte in sich auf. Das Arbeitsamt des A.- und S.-Rats ist die einzige Stelle, der sämtliche Meldungen dieser Art einzureichen sind.

Eine Entscheidung über die Verwendung der einzelnen Meldungen kann erst nach Maßgabe der Bedürfnisse getroffen werden. Sämtliche Meldungen sind bis auf weiteres an den Reichstag, Zimmer 17, Erdgeschoß, einzureichen.

Das Arbeitsamt des A.- S.-Rates: Fr. Dr. Beßmertny, Dr. Franck, Ludwig, Nowack, Dr. Zucker.

Die Auflösung des Aktionsausschusses der Berliner Truppen

wurde von einer Soldaten-Versammlung beschlossen, die in der Alexanderkaserne tagte. Die Versammlung machte sich damit einen bereits gefaßten Beschluß des Vollzugsrates zu eigen, der eine größere Vereinheitlichung der Arbeitsgebiete anstrebt und deshalb ein Nebeneinanderarbeiten der beiden bisher bestehenden Körperschaften — Aktionsausschuß und Vollzugsrat — für verfehlt hält. Man wies unter anderem darauf hin, daß in den letzten Tagen von etwa zehn verschiedenen Stellen Verfügungen getroffen worden seien, die man mit einander nicht in Einklang bringen könne.

Die Groß-Berliner Schutzmannschaft

faßte in einer Versammlung, die gestern im Lehrervereinshaus stattfand, folgende Entschließung:

„Der Verband der Polizei- und Kriminalwachtmeister Preußens und der Verband der Kameradenvereine der Schutzmannschaft Preußens erklären hiermit ausdrücklich, daß, nachdem das alte System zusammengebrochen ist, der Kaiser abgedankt hat und die Beamten der Schutzmannschaft somit von ihrem Treueid entbunden worden sind, sie alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um die neue Regierung in der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu unterstützen. Die Wachtmeister und Schutzmänner werden stets bestrebt sein, im Verkehr mit ihren Mitbürgern kleinliche Härten zu vermeiden, sowie Höflichkeit und Nachsicht walten zu lassen. Das alte System, das uns stets mit unseren Volksgenossen auseinandergeführt hatte, soll einer neuen Richtung Platz machen, so daß ein besseres, von gegenseitigem Vertrauen getragenes Verhältnis zwischen Sicherheitsbeamten und Publikum herbeigeführt wird. An alle Mitbürger Groß-Berlins aber richten wir die herzliche Bitte, das was uns früher getrennt hat, zu vergessen und uns in der Ausübung unseres schweren Amtes zu unterstützen, damit in Zukunft alle unliebsamen Vorkommnisse zwischen Sicherheitsbeamten und Bürgern vermieden werden."

Plünderer und falsche Requisiteure.

Daß es in einer Riesenstadt wie Berlin zu jeder Zeit zahlreiches Gesindel gibt, weiß jedermann, und daß dieses Gesindel die gegenwärtige unruhige Zeit als besonders geeignet für die Ausübung seiner lichtscheuen Tätigkeit betrachtet, wird niemanden wundernehmen. Ueberraschen könnte es höchstens, daß in diesen Tagen nicht mehr Verbrechen im Gebiete Groß-Berlins sich ereignet haben. Nur vereinzelte Fälle von Plünderung und Beraubung durch angebliche „Requisiteure" waren zu verzeichnen. In einem Goldwarengeschäft in der Koppenstraße erschienen drei Mann mit geladenen Gewehren und verlangten die Herausgabe der Waren. Sie nahmen weg, was sie bekommen konnten, und verschwanden. — In der Kaiser-Allee in Wilmersdorf drangen abends drei Mann bei einem Rechtsanwalt ein, um die Wohnung nach Waffen und Lebensmitteln zu durchsuchen. Sie nahmen 900 M. und verschiedene Lebensmittel mit und hinterließen drei Zettel mit irgendwelchen Namen. — Auf einem Depot der berittenen Schutzmannschaft verlangten bewaffnete Soldaten 3 Pferde, angeblich zu einer Patrouille. Sie erhielten sie nicht und entflohen. Schutzmänner und Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrats verfolgten sie, es gelang aber nicht, sie festzunehmen. — Im Marstall gelang es Schwindlern, einige Pferde zu erbeuten. — In ein Warenhaus drangen nachts zwei Männer ein und schleppten für 30 000 M. Waren weg. Es wurde beobachtet, daß sie sie nach der Bernauer Straße 91 brachten und dort unterstellten. Beamte des A.- und S.-Rates entdeckten dort noch für 20 000 M. von der Beute. Einer der Räuber wurde von ihnen in der Ackerstr. 45 ermittelt, nach heftigem Widerstand überwältigt und festgenommen. Er nannte sich Wilhelm Seidenschnur, wurde aber vom Erkennungsdienst der Kriminalpolizei als ein gewisser Max Damitz entlarvt.

Auf dem Fichteberg bei Steglitz wurden fünf Soldaten und ein Zivilist ergriffen, die Plünderungen vornahmen. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates verurteilte den Zivilisten zum Tode, die Soldaten zu Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren. — Wegen Plünderung und Raubes wurde ein früherer Konservenfabrikant Moser ergriffen, der in Gemeinschaft mit einigen Soldaten zwei Spielklubs heimgesucht und die dort reichlich vorhandenen Gelder „im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates beschlagnahmt" hatte. Moser, der selber Mitglied des Klubs war, führte seine Komplicen vor die betreffenden Häuser und wartete auf der Straße, während sie die „Beschlagnahme" ausführten.

Teilweise Freigabe beschlagnahmten Metalles.

Das Demobilmachungsamt teilt mit: Von allen am Tage des Erlasses dieser Verfügung vorhandenen beschlagnahmten Beständen an Kupfer, Aluminium, Nickel, Zinn, Antimon, Blei, Zink, Chrom, Platin, Stahlhärtungsmetallen und allen Legierungen der vorstehend aufgeführten Metalle dürfen insgesamt bis zu zwanzig Prozent eines jeden Metalles ohne besondere Verwendungserlaubnis für Friedenszwecke verarbeitet, an Weiterverarbeiter geliefert und dem Verbrauch zugeführt werden. Von jeweiliger Neuproduktion gleichfalls laufend 20 Proz. wie oben freigegeben. Vertraglich an Kriegsmetall-Aktiengesellschaft zu liefernde Mengen müssen voll zur Ablieferung gebracht werden. Es wird von der Einsicht der einschlägigen Industrie erwartet, daß Sparmetalle nur so weit Verwendung finden, als Ersatzmaterial nicht anwendbar erscheint. Weitere Maßnahmen folgen.

Groß-Berliner Lebensmittelangelegenheiten. Bevollmächtigter für das Ernährungswesen ist Emanuel Wurm. In allen die Ernährung von Groß-Berlin betreffenden Angelegenheiten gelten nur die Anordnungen, die von ihm unterzeichnet sind. Sonderanordnungen anderer Stellen sind ungültig. Für die Soldaten gilt die von Wurm bezeichnete Vorschrift über „Lebensmittelkartenausgabe für Soldaten", die an den Säulen angeschlagen ist. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates (gezeichnet Wurm) weist in einer besonderen Bekanntmachung darauf hin, daß rationierte Lebensmittel nach wie vor nur auf Karten verabfolgt werden dürfen und daß niemand, auch keine Militärperson, berechtigt ist, Brot, Kartoffeln, Fleisch usw. ohne Marken zu beziehen.

Käseverteilung. Bis Freitag wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 44., 45., 46., 201., 222. und 230. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Für Vollmilchkarteninhaber. Die Fettstelle Groß-Berlin (Milch) weist darauf hin, daß in der am 4. November veröffentlichten Bekanntmachung über die Dezember-Vollmilchkarten sich ein Druckfehler befindet. Die Vollmilchkarteninhaber haben die Dezemberkarten nicht bis zum 30. November einschließlich, sondern bis zum 20. November einschließlich dem Milchhändler vorzulegen.

Die Opfer der Revolution. Bisher sind 63 Leichen zur Beisetzung auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain gemeldet worden, deren Angehörigen eine gemeinsame Beisetzung wünschen. Der Termin dieser Beisetzung ist noch nicht festgesetzt worden.

Eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben oder sonstigen Depots irgendwelcher Art wird, wie uns das Finanzministerium mitteilt, weder beabsichtigt noch auch nur erwogen.

Eine Versammlung der aktiven Unteroffiziere des Gardekorps, III. Armeekorps und sonstiger Dienststellen findet Sonnabend, nachmittags 2.30 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 110, statt.

Die Studierenden der Berliner Universität werden aufgefordert, sich am Sonnabend um 10 Uhr zu einer Versammlung in der neuen Aula aufzufinden. Zweck der Versammlung: Bildung einer Vertretung der Studentenschaft auf breitester Basis. Zum Ausweis dient die Studentenkarte.

Die türkische Kolonie in Berlin, welche in den letzten Errungenschaften der sozialistischen Revolution in Deutschland eine Bewegung der Menschheit zu ihrer Befreiung sieht, wird am Sonntag, den 17., nachmittags 4 Uhr, in den Räumen des türkischen Klubs, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 8, eine Sympathiekundgebung veranstalten. Alle in Berlin anwesenden türkischen Frauen und Männer sind hierzu eingeladen.

Die Berliner Rechtsanwälte wählten die Rechtsanwälte Eugen Fuchs und Wilhelm Thiele, um sie als ihre Vertreter im Arbeiterrat anzumelden.

Der „Wahre Jakob" ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Das Ende der Zensur. Das Lessing-Theater wird von seinen bisher verbotenen, durch die Aufhebung der Theaterzensur freigewordenen Stücken zunächst Björnsons Schauspiel „Der König", dann Hermann Essigs Drama „Ihr stilles Glück" und Sigurd Ibsens Schauspiel „Robert Frank" zur Aufführung bringen.

Admirals-Theater. Freitag wird der Film „Das Liebesopfer" mit Maria Fein zum erstenmal gezeigt.

An den Groß-Berliner Gerichten wird seit Montag der Geschäftsbetrieb in gewohnter Weise fortgeführt. Es mußten wegen Fehlens einzelner Schöffen und Zeugen an diesem Tage zwar mehrere Termine verlegt werden, aber am Dienstag funktionierte alles reibungslos. Auch bei den Kaufmannsgerichten und Gewerbegerichten erlitt der Geschäftsgang keine Unterbrechung.

Ausweise für Autos. Die gesamte Leitung des Kraftfahrwesens in Groß-Berlin und der Mark Brandenburg wird auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates bei der Leitung des Kraftfahrwesens vereinigt. Sämtliche Automobile in Groß-Berlin und in den Marken haben vom 14. November ab einen Ausweis zu führen, der von der Leitung des Kraftfahrwesens ausgestellt und vom dortigen Soldatenrat Feldwebel Schörnick unterschrieben ist. Anforderungen auf Kraftwagen und Räder jeglicher Art (mit Ausnahme der Kraftdroschken) sind einzig und allein an die Leitung des Kraftfahrwesens, Berlin, Potsdamer Str. 20a, Fernruf Kollendorf 4010, zu richten.

Im Bett erschossen aufgefunden wurde gestern vormittag die 63 Jahre alte, von ihrem Manne getrennt lebende Frau Wilhelmine Stoldt aus der Alten Jakobstr. 102. Unter dem dringenden Verdacht, die Tat ausgeführt zu haben, wurde deren Sohn, der 27 Jahre alte Arbeiter Ernst Stoldt festgenommen und in das Polizeipräsidium eingeliefert. Er ist Epileptiker und scheint die Mutter in einem Anfalle geistiger Störung erschossen zu haben.

Oesterreicher aller Nationen treffen sich heute, 8½ Uhr abends, in den Prachtsälen des Westens, Wilmersdorf, Spichernstr. 3, die vom österreichischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufen ist.

Keine Feldpost nach Oesterreich mehr. In Oesterreich ist der Feldpostverkehr aufgehoben worden. Feldpostsendungen nach Oesterreich werden nicht mehr angenommen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Die Abteilungsleiter empfangen heute von 6 Uhr abends ab bei Fritsche, W 57, Culmstr. 25, die Flugblätter für die am Sonntag, den 17. November, stattfindende öffentliche Jugendversammlung. Ab 8 Uhr Ausgabe der Flugblätter an die Funktionäre in den Wohnungen der Abteilungsleiter.

Konferenz aller Jugendfunktionäre Groß-Berlins Sonntag, den 17., nachm. 4 Uhr, in der „Vorwärts"-Expedition, NW, Wilhelmshavener Straße 48 (Nähe Bhf. Putlitzstraße). Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Unsere nächsten Aufgaben". 2. Diskussion. Der Aktionsausschuß für Berlin: J. A. Walter Rüdiger, N 58, Lychener Str. 127. Koch Joseph, NW 21, Wilhelmshavener Str. 4a.

Briefkasten der Redaktion.

Hans 99. 1. Ihr Fall erscheint uns etwas unklar, eine mündliche Rücksprache in unserer Sprechstunde mit Ihrer Frau hätte jedenfalls den Sachverhalt näher ergründen lassen. Sie könnten eventuell Beschwerde beim Regierungspräsidenten für den Bezirk Potsdam in Charlottenburg führen. 2. Auch die Frage ist unklar; die Unfallrente hätte Ihnen gezahlt werden müssen. Die Berufsgenossenschaft ist aber nicht [illegible]. 4. Ja.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Veränderlich, vielfach wolkig, jedoch größtenteils trocken, in der Nacht zu Freitag an vielen Orten Frost, in den Mittagsstunden ziemlich mild.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: **Maria Stuart.**

Kammerspiele
8 Uhr: Eine glückliche Ehe.

Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7½ Uhr: Gespenstersonate.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: Der Kirschgarten.

Lessing-Theater.
Direkt.: Viktor Barnowsky.
7½ U.: Der Marquis von Keith.
Freitag: **Peer Gynt.**

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Nachtbeleuchtung. Auferstehung.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
¾8 Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
¾8 U.: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 Uhr: **Sterne, die wieder leuchten.**

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8 U.:
Neu! Neu!
Das dreiaktige Volksstück
Die goldene Brücke.
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Sonnt. 3½: Der Säugling.

Theater der Friedrichstadt
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7½ Uhr Z. 2. M.: Nord 8680
Drei tolle Tage.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Hänsel u. Gretel im Zauberwald.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
August der Starke.

Winter-Garten
Henry Bender
Gisa Kolbe
Otto Röhr
Humorist am Flügel
sowie der
Große bunte
November-Spielplan
12 Kunstkräfte 12

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7½, Sonnt. 3½ u. 7½,
Die Welt geht unter!
Bild a. d. großen November-Varieté-Ausstattungsschau mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
usw.
Sonnt. 3½ Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

MARMOR HAUS
Wegen des großen Erfolges eine weitere Woche!
Das soziale Filmwerk
Im Zeichen der Schuld
mit
Bruno Decardi
Leontine Kühnberg
Regie: Eichberg.

Außerdem Uraufführung!
Unter fremdem Willen
Ein Filmdrama in vier Akten von Iwa Raffay.
Hauptdarsteller:
Hella Moja
Alfred Abel
Regie: Iwa Raffay.
5⁰⁰ 8¹⁵

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7½ Uhr.

Theater für Donnerstag, 14. Nov.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Der eiserne Heiland.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Hannerl.**

Kleines Theater
7½ U.: **Adam, Eva u. die Schlange**

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Stg. 3¾: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater
7 U. 10: **Die Faschingsfee**
Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Das süße Mädel.**
Stg. 3½: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater
7½ Uhr: **Der Stralauer Fischzug.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Lilli Grün.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Hamlet.**

Thalia-Theater
7½: Unter der blühenden Linde.
Sonnabend 3½ Uhr: Die Reise ins Schlaraffenland.

Theater am Nollendorfplatz
3¾: Der Kaufmann von Venedig.
7 Uhr:
Der alte Dessauer

Theater des Westens
7½ Uhr: **Die lustige Witwe**
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7½ Uhr **Graf Habenichts.**
Sonnt. 3½ Uhr: Frühlingsluft.

Rose-Theater, Gr. Frankfurter Str. 132
Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr:
Der Freischütz. Oper in 4 Akten v. C. M. v. Weber.
Sichere Zugverbind. Hochbahn Warschauer Brücke.

Lichtspiele
Residenz Blumenstr. 10 | **Kukuk** Gr. Frankfurt. Str. 2
ab morgen
FERDINAND LASSALLE
7 Akte. Beginn 5 Uhr. ab 8 Uhr erhöhte Preise. 7 Akte.

Trianon-Theater
Gbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Rotkäppchen.
Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst. Bruno Kastner. Emma Dobner. Hugo Flink. Gonia. Schönfeld. Tollen.
Freitag 4: Schneewittchen.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonntag 4: Johannisfeuer.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Rose-Theater.
7½ Uhr: Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmstädt. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

Circus **Busch**
Mit der behördlichen
Freigabe des Abendverkehrs
beginnen die
Vorstellungen
wieder wie gewöhnlich
um 7½ Uhr.

Schillersaal (Schillertheater Charlottenburg). Eing. Bismarckstr. 110. Untergrundbahnhof **Knie. Heute** u. täglich 8 Uhr. **(Nur bis 16. Nov.)**
MARCELL SALZER
Heitere Abende
Karten 5, 4, 3, 2 M. b. Wertheim, Schillerth. Tageskasse sowie Abendkasse ab 7 und Amt Uhland 139.
Sonntag, 17. Nov., 7½, im **Beethovensaal.**

Konz.-Dir. H. Wolff — Sachs T. u.
Singakademie. Heute Donnerstag, 7½ Uhr:
Klingler-Quartett
Nur die m. obig. Datum versehenen Karten haben Gültigkeit. — Der Kammermusik-Abend findet bestimmt statt.

Philharmonie. Heute Donnerstag, 7½ Uhr:
II. Liederabend — CLAERE
D U X
Lieder von Strauß, Leo Blech, Hans Hermann, Eugen Gottlieb, Brahms, Volkslieder.
Karten M. 6, 5, 4, 2 b. Bote & Bock, Wertheim, Abendk.

Berliner Volks-Chor.
Nächste Uebungsstunde
am **Freitag, den 15., abends 8 Uhr,** in der **Aula, Steinstraße.** Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen bittet 58/1
Der Vorstand.

Zentralverb. der Handlungsgehilfen
Bezirk Neukölln.
Alle Berufsangehörigen aus den **Kleinbetrieben** und Geschäften wollen sich am **Freitag, den 14. November cr.,** abends 7½ Uhr, in den **Passage-Festsälen, Neukölln, Bergstr. 151,** zu den **Delegiertenwahlen** zum Angestelltenrat (Arbeiterrat) versammeln.
30098 J. V.: **Pahl, Neukölln.**

Bis auf weiteres sind die
Städt. Fischhallen Berlin-Lichtenberg
Frankfurter Allee 87,
Weser Str. 26,
Julius Str. 30,
Wilhelmstr. 73
von 12—6 Uhr geöffnet. 116M
Verwaltung der Städtischen Fischhallen.

Berliner Film-Manufaktur

Die Waffen nieder!!
Film-Roman in 4 Akten
REGIE:
H. FREDALL
Hauptrolle:
Margar. Christians

Charlotte Corday
Das Heldenmädchen der französischen Revolution
nach dem Roman von H. Gans
REGIE:
FRIEDR. ZELNIK.
Hauptrolle:
Lya Mara

gehen ihrer Vollendung entgegen!!

Achtung! **Brauereiarbeiter!** Achtung!
Heute Donnerstag, den 14. November, abends 5½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):
Allgemeine
Brauereiarbeiter-Versammlung
Tagesordnung:
1. Kündigen wir den Tarifvertrag?
2. Wahl einer Lohnkommission.

Kollegen! In dieser Versammlung soll eine wichtige Entscheidung getroffen werden. Euer vollzähliges Erscheinen ist darum unbedingt erforderlich.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter — Verband der Sattler
Deutscher Transportarbeiterverband — Deutscher Holzarbeiterverband
Verband der Maschinisten und Heizer — Verband der Maler und Lackierer
Deutscher Metallarbeiterverband — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein
Verband der Kupferschmiede

42/18* **Ortsverwaltungen Groß-Berlin.**

An die Beamten, Angestellten und Bureauhilfskräfte der Reichs-, Staats-, Kreis- u. Gemeindebetriebe, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Reichs- und Landesversicherungsanstalten!

Kollegen und Kolleginnen!
Die gewaltige politische Umwälzung in Deutschland hat auch die Fesseln der Angestellten gesprengt. Der Weg zur freien Entwicklung Eurer Kräfte, zur unbehinderten Anteilnahme an allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften des ganzen Volkes liegt offen vor Euch. Die Notwendigkeit, im Volksinteresse jetzt den gesamten öffentlichen Verwaltungsapparat ungestört in Gang zu halten, wird auch Euch eine gerechtere Würdigung Eurer Arbeit sichern als bisher. Unbedingt notwendig ist aber, daß jeder mehr denn je nach besten Kräften seine Pflicht tut, getragen von dem Gedanken, dem gesamten Volke und damit auch sich selbst zu nützen. 47/8

Bei der Neuordnung der Dinge muß aber auch unsere Stimme gehört werden. Die Bureauangestellten aller Gruppen müssen an der Seite der übrigen Kreise des arbeitenden Volkes auch ihre Interessen wahren. Notwendig ist hierzu vor allen Dingen Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, den

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Bureau: Dirckſenſtr. 4. 1 Treppe rechts. (8—1 und 4—7.)

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenbierfahrer
Friedrich Misch
Schloßbrauerei Schöneberg nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.
Seine Tätigkeit im Verbande sichert ihm ein dauerndes Gedenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Gemeindefriedhofs in Schöneberg, Hauptstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. 42/14
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Die schwarzen und die weißen Katzen
treffen sich 30288
am Donnerstag, den 14. d. M.,
abends ½9 Uhr,
im Lokal **Schultheiß,** Alexanderplatz.
Bitte, alle Katzen aufmerksam zu machen.

Morgen Freitag, den 15. November morgens erscheint die erste Nummer der
„Freiheit"
Täglich zweimal erscheinendes Berliner Organ der **Unabhängigen Sozialdemokrat. Partei Deutschlands.**
Straßenhändler
und Parteigenossen, die das Blatt vertreiben wollen, können Exemplare der ersten Nummer am Freitag früh von 4 Uhr morgens an in der **Lindendruckerei, Schiffbauerdamm 19,** in Empfang nehmen.
Die Auslieferung an die Straßenhändler erfolgt zu den üblichen Bedingungen; nichtverkaufte Exemplare werden voll zurückgenommen. Händler und Parteigenossen, die **nur** die „Freiheit" ausbieten wollen, erhalten bis auf weiteres 201/0
besondere Vergünstigungen.
Näheres am Donnerstag von 4—8 Uhr nachm. und zu der Ausgabezeit in der Lindendruckerei.
Verlag der „Freiheit".

Zentralverband d. Töpfer u. Berufsgen. Deutschlands Filiale Groß-Berlin.
Am Montag, den 11. November, verstarb unser Mitglied, der Töpfer
Max Blume
(Bezirk Gesundbrunnen)
im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden. 192/6
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Nov., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Mitteilung, daß mein innigstgeliebter Mann, unser lieber guter Vater, der Einrichter
Richard Glathe
am 9. d. Mts., mittags 12 Uhr, beim Stürmen der Maikäferkaserne, seinen Tod durch einen Schuß eines fanatischen Offiziers gefunden hat. Mein Trost im schweren Leid ist, daß er von seinen Kollegen geachtet worden ist. In tiefer Trauer
Frau **Emma Glathe**
nebst ihren drei Kindern.
Die Beerdigung findet gemeinsam mit den anderen Opfern im Friedrichshain statt. 30100

Erkannte Person
aus der Ackerstraße,
welche am **Montagnachmittag gegen 3 Uhr im Straßenbahnwagen,** Linie 11, bei der Schießerei in der Rosenthaler Straße die
grüne Reisetasche,
enthaltend **1 Paar alte Damenstiefel, 2 Taschentücher** usw., ferner **Wertsachen,** darunter ein **Anhänger, eine Brosche, ein Schlangenring mit Brillanten, ein goldenes Uhrarmband** usw. an sich nahm, wird ersucht, die Sachen umgehend **Wassertorstr. 75, 3 Treppen links,** abzugeben.

Lagerverwalter (Kriegsbeschädigten),
Stahlgraveure, Werkzeugmacherlehrlinge und 2 Arbeitsburschen
stellt ein 41N*
Werkzeugfabr. Herbert Mackiol, Stettiner Str. 39

Flaschenspülerinnen,
Wochenlohn 45 M., verlangen
Ramlok & Söhne,
Markgrafenstr. 84.

Ver sofort tüchtiger, zuverlässiger 30155
Speditionskutscher und Arbeiter
gesucht. **Amann, Schlegelstr. 9.**

Echten Rauchtabak,
ungeschnitten, pro Pfund 38 M., liefert an Selbstverbraucher
A. Stark, Posen, Langestr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Klara Gebhardt
Wrangelstr. 25,
am 11. Novbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Novbr., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Hugo Baltrussails
Tieckstr. 26,
am 11. Novbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Werderschen Kirchhofes in der Bergmannstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former
Julius Gerigk
Steinmetzstr. 76,
am 10. Novbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. November, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet. 121/9

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Befoser
Hans Hauptmann
Ratiborstr. 16,
am 11. Novbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 16. November nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Friedrich Losch
Lichtenberg, Goethestr. 17,
am 10. Novbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Lückstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher
Paul Friedrich
Gen[illegible]er Str. 6,
am 6. November gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Max Möhle
Pankow, Granowstr. 4,
am 9. November gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken
Die Ortsverwaltung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
Sitz Berlin. Gegr. 1905.
Am 10. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Hermann Kunik
Rostocker Str. 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am 15. d. Mts. in der Gerichtstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 290/12
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann und Vater seines einzigen Töchterchens, Ordonnanz-Gefreiter
Gustav Radike
im Kriegslazarett in Spaa an einer schweren Lungenentzündung verstorben ist.
Um stilles Beileid bittet
Frau **Luise Radike**
nebst Töchterchen Trudchen.
Ehre seinem Andenken:
Ich hab besessen ein teures Lieb besessen,
Nun schlummere sanft, auf 111M ewig unvergessen.